Antrag zum frühzeitigen Einsatz von Schulsozialarbeitern / -innen an Grundschulen in Rheine in Vollzeit (hier am Beispiel der Grundschule Michaelschule) - 01.11.2021

Ausgangslage:

Die Grundschule Michaelschule ist eine Schule des Gemeinsamen Lernens; es werden dort 43 Kinder mit festgestelltem sozialpädagogischen Förderbedarf unterrichtet.

Die Schule wird aktuell (Schuljahr 2021 / 22) von 268 Schülerinnen und Schülern besucht; der Anteil der Familien, deren Familiensprache nicht deutsch ist, beträgt 59%. Folgende Nationalitäten nach Anzahl sind vertreten (TOP 5): Russisch (49), Arabisch (24), Albanisch (17), Kurdisch (14), Mazedonisch (12) und weitere.

Ähnlich sieht es sicherlich an anderen Grund- und weiterführenden Schulen aus. Aktuell sind jedoch nicht an allen Schulen Schulsozialarbeiter / -innen tätig. Den Eltern erschließen sich die Gründe für den Einsatz bzw. das Fehlen nicht.

Problematik:

An Schulen mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf, an sozial schwachen Familien und / oder Familien mit überwiegend nichtdeutscher Familiensprache bestehen eher Probleme, die Kinder ausreichend zu integrieren und zu bilden, um einen erfolgreichen Schulabschluss und damit einen guten Start in das nachschulische Leben zu ermöglichen.

Abzudeckende Tätigkeitsfelder der Schulsozialarbeit / bisherige „Lösungen“:

Vielfältige Tätigkeiten sind bereits heute abzudecken:

- Allgemeine Hilfen zur Arbeits- und Ablauforganisation (Abläufe, die Kindern die erfolgreiche Teilnahme am Unterricht ermöglichen). Hierzu gehören u.a. Anrufe zu Unterrichtsbeginn und während des Unterrichts, Gespräche am Schulmorgen
- Aufbau von Kommunikationsstrukturen
- Wiederholte Erklärungen zu alltäglichen Abläufen im Schulalltag
- Installation von Strukturen: Abmeldung, Unterrichtsbeginn und -ende, Anmeldefristen
- Aufbau von Kooperationsmöglichkeiten
- Angebote zu außerschulischer Förderung (Logopädie, Ergotherapie, allgemeine medizinische Diagnostik)
- Umgang Münsterlandkarte
- Lernmittelbeschaffung
- Erklärungen zu schulischen Angeboten (z.B. Betreuungsangebote)
- Unterstützung bei Netzwerkarbeit zwecks Fördermaßnahmen
- Kooperation mit anderen staatlichen Stellen und zivilen Organisationen, z.B. Jugendamt, Jobcenter, etc.
- Kontaktherstellung zur Unterstützung in familiären Krisen: Kinderschutzbund, Frauenhaus, Caritas-Beratungsstelle etc.

Sowie zusätzlich in Pandemie Zeiten

- Erstellung und Verteilung / Abholung von Lernpaketen bei Schulschließungen
- Kommunikation von Auflagen des Gesundheitsamtes
- Verhalten bei Verstößen gegen Vorgaben
- Allgemeine Hilfe bei Überforderung der Elternhäuser
- Inhaltliches und sprachliches Verstehen der Leihverträge
- Etc.

Es gibt zwei Wege, wie diese Aufgaben bisher angegangen werden:

- a) Durch erheblichen Einsatz der Lehrkräfte der Michaelschule, die sich in der Freizeit, zwischen den Unterrichtsstunden oder auch während der Unterrichtszeit intensiv dieser Tätigkeiten annehmen, zu lasten des eigentlichen Unterrichtsauftrags, oder
- b) Gar nicht, mangels verfügbarer zeitlicher oder personeller Ressourcen.

Bisher seitens der Stadt Rheine aufgezeigte Hilfen:

Die Stadt Rheine priorisiert bisher die weiterführenden Schulen. Aus Eltern- und sozialpolitischer Perspektive ist dies nicht nachvollziehbar.

Konkret verweist die Stadt Rheine auf andere Hilfen im nahen Umfeld der Schule, z.B. das Begegnungszentrum „Mitte 51“ in Dorenkamp, oder das Jugendamt. Beide Wege stellten sich aber als Sackgassen heraus:

Das Begegnungszentrum ist nach eigener Aussage nicht in der Lage, selber auf hilfebedürftige Familien zuzugehen. Auch das Jugendamt kommentiert, dass Familien selber aktiv auf das Jugendamt zugehen müssten. Beiden potentiellen Anlaufstellen fehlen die Ressourcen, selber nach außen zu gehen und quasi „proaktiv“ tätig zu werden. Diese theoretischen Hilfsoptionen kollidieren damit mit der mangelnden Selbstorganisation der hilfsbedürftigen Familien.

Was auf den ersten Blick als vorhandene Hilfe erscheint, ist in der Realität effektiv eine Falle für die Kinder in den Familien. Während Erwachsene und Eltern natürlich dahin ertüchtigt werden müssen, für sich selber Wege aus einer Sackgasse zu finden und dafür auf staatliche oder zivile Hilfsoptionen zu identifizieren und zurückzugreifen, verbietet sich dieser eigenverantwortliche Weg für die Kinder in den Familien.

Der oft einzige Weg für Kinder, die notwendige Hilfe zu bekommen, führt dann über ältere Geschwister oder über „Freunde eines Bekannten eines Arbeitskollegen“, der dann die Familien anleitet und oft sprachlich begleitet, Verletzung der Privatsphäre des Kindes inbegriffen. Geschwister, die selbst noch minderjährig und schulpflichtig sind, übernehmen in der Realität oft die sprachliche Betreuung der Elternsprechtage und die Vorbereitung der Geschwister für den Schulalltag (Verpflegung, Pünktlichkeit, Materialvollständigkeit, besprechen zusätzlicher Fördermaßnahmen, etc.). Von einem strukturierten und gleichen Zugang aller Grundschul Kinder zu Bildung kann nicht im Entferntesten die Rede sein.

Anzumerken ist abschließend, dass der Schulsozialindex augenscheinlich für die Zuweisung alleine kein zuverlässiger Indikator ist: Die Ludgerusgrundschule ist SSI 6 und die Nelson-Mandela-Schule ist SSI 4; an beiden Schulen ist ein Schulsozialarbeiter eingesetzt. An der Michaelschule mit SSI 5 ist bisher kein Schulsozialarbeiter eingesetzt.

Zusammenfassend:

Der Einsatz von Schulsozialarbeitern an weiterführenden Schulen erfüllt zweifellos seinen Zweck und ist sinnvoll. Wenn sich allerdings während der vierjährigen Grundschulzeit sehr viele Defizite angesammelt haben und den Einsatz an weiterführenden Schulen bedingen, ist der Lernerfolg der Kleinsten akut und dauerhaft gefährdet. Das Fundament für den schulischen Erfolg und letztlich der Partizipation am gesellschaftlichen Leben muss spätestens in der Grundschule gelegt werden, und deswegen muss die Schulsozialarbeit auch hier einsetzen. Die Entstehung der bisher angetroffenen Defizite muss vermieden werden, um die kognitive und soziale Entwicklung der Kinder nicht zu gefährden. Der Schulerfolg muss vom ersten Schultag an gesichert werden.

Lösungsvorschlag 1:

Die Stadt Rheine wird beauftragt, anhand einheitlicher Kriterien einen gleichberechtigten Einsatz von Schulsozialarbeit:innen in den Schulen in Rheine zu sichern. Sie soll dazu aus dem Landesprogramm Schulsozialarbeit entsprechende Mittel abrufen bzw. nutzen.

Begründung:

Das Land NRW startete am 21.09.2021 mit einem neuen Landesprogramm zur Sicherung, Ausweitung und Stärkung der Schulsozialarbeit. Die Mittel für Schulsozialarbeit sind um 20% auf 57,7 Mio Euro aufgestockt worden. Hinzu kommt ein kommunaler Eigenanteil von 14,5 Mio Euro. Damit soll der Ausbau und die Qualität der Schulsozialarbeit verbessert werden. Die kommunalen Spitzenverbände waren beteiligt.

Der Bund hat sich bereits vor Jahren aus der Finanzierung über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) zurückgezogen und die Zuständigkeit auf die Länder übertragen. Die Verteilung der Mittel richtet sich nun nach dem Schulsozialindex (SSI). Das Ministerium für Schule und Bildung NRW (MSB) hat am 21.09.2021 eine neue „Richtlinie über die Förderung der Schulsozialarbeit in NRW“ erlassen.

Das derzeit in NRW bewährte 3-Säulen-Modell sieht vor, dass einerseits Fachkräfte in kommunaler Verantwortung beschäftigt werden. Zudem können Schulen je nach Schulgröße bis zu zwei Lehrerstellen in Schulsozialarbeit umwandeln. Dabei muss der Unterricht laut Stundentafel gewährleistet bleiben. Als dritte Säule stellt das Land selbst rund 1600 landeseigene Stellen zur Verfügung und ermöglicht nun über das Landesprogramm weitere 900 Stellen.

Lösungsvorschlag 2:

Falls keine Landesmittel abgerufen werden können, muss der Bedarf an Schulsozialarbeitern / -innen vollständig aus dem Etat der Stadt Rheine gedeckt werden.

Begründung:

Siehe oben